

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Erwerbslosennot - Volksnot.

Reichskabinett und Arbeitslosenfürsorge. - Unzulängliche Maßnahmen. Schärfste sozialistische Kritik.

Die Not der Arbeitslosen wächst andauernd. Sie wird immer unerträglicher, je länger die Erwerbslosigkeit andauert. Zahl derer, die an die Ausgesteuertengrenze heranrücken, steigt bedenklich an. Dazu kommt, daß die Ausschaltung dieser Millionen von Arbeitsuchenden aus der Kaufkraft auch die nicht unmittelbar beteiligte Wirtschaft in Mitleidenschaft zieht.

In klarer Erkenntnis der Gefahren, die sich hieraus für das Volksganze ergeben, hat die Sozialdemokratie in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften dauernd auf die Regierung eingewirkt, daß die Unterstützung der Erwerbslosen durch Erhöhung mehr den Lebensnotwendigkeiten angepaßt, die Unterstützungsdauer verlängert und vor allem die Arbeitsbeschaffung zum leitenden Gesichtspunkt der Erwerbslosenfürsorge gemacht wird.

Seht hat sich das Reichskabinett genötigt gesehen, vor dem sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags in ausführlicher Weise ihre Absichten für die nächste Zukunft darzulegen. Wir erhalten über die Verhandlungen, die seit heute früh 10 Uhr andauern, den folgenden Bericht:

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags trat heute morgen 10 Uhr zusammen, um in die Beratungen über die Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge einzutreten. Die Reichsregierung war durch den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius vertreten.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte einleitend, daß sich das Reichskabinett gestern mit dem gesamten Fragenkomplex eingehend beschäftigt und alle sozial- und wirtschaftspolitischen Möglichkeiten geprüft hat, um der Erwerbslosennot zu begegnen. Nach den gemachten Erhebungen könne man mit einer

allmählichen Besserung des Arbeitsmarktes

rechnen, wenn nicht durch die Witterung allzu starke Störungen eintreten. Die Regierung war bemüht, in den letzten Monaten durch zusätzliche Arbeitsbeschaffung auch für die Unterbringung der ausgesteuerten Erwerbslosen zu sorgen. Darüber hinaus soll denjenigen ausgesteuerten Arbeitslosen, die keine Arbeit finden können, in Verbindung mit der Wohlfahrtspflege geholfen werden. (Widerpruch der Sozialdemokraten.) Die Regierung geht von dem Grundatz aus, daß, wer ein Jahr arbeitslos ist,

unter allen Umständen wieder in Arbeit gebracht

werden muß. Den finanzschwachen Gemeinden will die Reichsregierung bei der Inanspruchnahme der gemeindlichen Armenfürsorge weiter entgegenkommen, als es bereits in dem letzten Erlaß gesehen ist, wonach eine Rückvergütung an die Gemeinden bis zu 50 Proz. zugefagt ist. Angesichts der Tatsache, daß bei der heutigen Unterstützung die Böhne zum Teil schon überschritten werden,

lehnt die Reichsregierung eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungssätze ab.

Sie wolle lediglich prüfen, inwieweit den alleinstehenden Arbeitslosen und den alleinstehenden unter 21 Jahren bessere Unterstellungsbedingungen geschaffen werden sollen, vorausgesetzt, daß die Länder einverstanden sind. (Lebhafte Proteste der Sozialdemokraten.) Einer Aushebung der Bedürftigkeitsprüfung könne die Reichsregierung so lange nicht zustimmen, als noch öffentliche Mittel für die Unterstützung benötigt werden. Der Arbeitsminister sei aber bereit, Erleichterungen bei der Durchführung der Bedürftigkeitsprüfung zu geben. Als besonders schwierig empfindet die Reichsregierung die Lösung des

Problems der älteren Arbeiter und Angestellten.

Die notwendigen Maßnahmen seien noch nicht spruchreif. Voraussetzlich werden sie sich in der Richtung bewegen, daß bei Betriebs Einschränkungen Härten für die älteren Arbeitnehmer vermieden werden. Im übrigen müsse immer wieder darauf hingewirkt werden, den Arbeitslosen durch Arbeitsbeschaffung zu helfen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius geht von der Konzernkrise die bis in das vorige Jahr zurückreicht, aus, deren Tiefpunkt er heute als überwunden ansieht. Der verstärkte Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie könne nicht nur durch den englischen Streik erklärt werden, man müsse, wenn auch nur relativ von einer Besserung sprechen, relativ deshalb, weil die deutsche Wirtschaft im Vergleich zu amerikanischen immer noch ungünstig beschäftigt ist. Das Reichswirtschaftsministerium hat seine Tätigkeit auf folgende drei Fragen konzentriert: 1. Wie kann die Kaufkraft des verarmten Mittelstandes ausgeglichen werden. 2. Was hat gegenüber der Krise in der Landwirtschaft zu geschehen. 3. Was gegenüber der wachsenden Arbeitslosigkeit? Der Minister äußerte sich alsdann zu den Maßnahmen für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das Reichswirtschaftsministerium hat erkannt, daß

durch die heutige Arbeitslosigkeit und weit verbreitete Kurzarbeit rund 8 Millionen der deutschen Bevölkerung ohne wesentliche Kaufkraft sind.

Bei einer Neubewertung der Wirtschaft läme es darauf an, zunächst diese entkommene Kaufkraft wieder herzustellen. Die bisher vom Reichswirtschaftsministerium beschrittenen Wege wären nicht ohne Erfolg. Aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge wären zunächst 5 Millionen für die Exportkreditversicherung bereitgestellt worden. Sie konnten trotz der Widerstände aus den Exportkrediten in Hamburg und Bremen allmählich verwirklicht werden. Der Erfolg ist, daß nicht weniger als 300 Auslandsgeschäfte gefördert werden konnten, die nicht nur den Großbetrieben, sondern auch den kleineren Geschäften zugute kamen. Der Minister

machte alsdann längere Ausführungen über die Maßnahmen, die das Reichswirtschaftsministerium zur Hilfe für das Siegerland (Erzbergbau) eingeleitet und bereits mit sichtbarem Erfolg durchgeführt hat. Nach dem vorgetragenen Material vertritt Curtius die Auffassung, daß auf diesem Wege die besondere Krise des Siegerlandes in kurzer Zeit entspannt werden könne. Es habe sich ferner bewährt, daß die Reichsregierung der Reichsbahn zur Schaffung von zusätzlichen Aufträgen Mittel bereitgestellt hat. Ueber die Kreditgewährung an die einzelnen Industrien sind noch Erwägungen im Gange. Das Reichswirtschaftsministerium habe seine ganze Kraft darauf konzentriert, Arbeit zu beschaffen. Es war möglich, das Auffengeschäft nach anfänglichen Widerständen im Juli d. J. endlich in Gang zu bringen. Auch hier sei nach den näheren Ausführungen des Redners eine weitere Belebung der Wirtschaft zu erwarten. Die gesammelten Erfahrungen lassen es angezeigt erscheinen, den Zusammenhang von Wirtschaftsbelebung und Gewährung von Reichsgarantien allgemein weiter zu verfolgen. Die relativ eingetretene Besserung der Wirtschaft führt die Regierung auch auf ihre

Aktivität in der Handelspolitik

und den verstärkten Abschluß von Handelsverträgen zurück. Die Septembereinfuhr zeigen wieder ein Ausfuhrüberschuss und es ist bemerkenswert, daß diesmal die Fertigindustrie eine Steigerung von 10,7 Millionen aufzuweisen hat. Es müsse gerade Wert darauf gelegt werden, diese Belebung der Fertigindustrie weiterzutreiben. Neben den Maßnahmen des Reiches sei aber vor allem auch die Umstellung der Industrie geeignet, belebend zu wirken. Die Rationalisierung der Betriebe hat zunächst eine organisatorische Umstellung gebracht, so daß die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt noch nicht in vollem Maß eintreten konnten. Wenn nun der organisatorischen auch die technische Vervollständigung der Betriebsorganisation der Betriebe folgen wird und daraus neue Maschinenaufträge usw. entstehen, dann erst ließen sich die ganzen Auswirkungen des Rationalisierungsprozesses übersehen. Erwähnung verdiente weiter die in der Entwicklung begriffene Ferngasversorgung, aus der gleichfalls neue Aufträge zu erwarten sind. Im ganzen kommt der Reichswirtschaftsminister zu dem Ergebnis, daß eine Belebung des Geschäftes heute bereits festzustellen werden dürfte, die Haupterfolge all der eingeleiteten Maßnahmen aber erst in nächster Zukunft sichtbar werden könnten. Aus diesen Erwägungen hoffe er, daß auch die Arbeitslosigkeit in nächster Zeit weiter zurückgehen werde.

Auch der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß in bezug auf das deutsche Wirtschaftsleben Optimismus nicht am Platze sei. Er begründete das damit, daß die Befürchtungen einer Finanzkrise nicht eingetreten seien. Das Reich habe im ersten Halbjahr eine Reihreimnahme von 130 Millionen gehabt; er stehe aber auf dem Standpunkt, daß, wenn selbstverständlich auch Defizite vermieden werden müßten, es volkswirtschaftlich nicht richtig sei, Ueberhöufe zu erzielen. Im Jahre 1926 seien bisher für Mittel, die direkter Belebung der Wirtschaft dienten, 108 Millionen eingeleitet; es seien ferner vorgezogen,

für Arbeitsbeschaffung im außerordentlichen Etat:

für Bahnbauten als erste Rate	11,2 Millionen
Investitionen der Reichsbahn für zusätzliche Auftragsvergaben	100
für den Bau von Landarbeiterwohnungen	80
für Kredite zum Kleinwohnungsbau	200
für Ostriedlungen	50
für zusätzliche produktive Erwerbslosenfürsorge	100
für Wasserstraßenbauten	82

Damit sollen in erster Linie die ausgesteuerten Erwerbslosen Beschäftigung erhalten. Er glaubte, daß diese erhebliche Zurverfügungstellung von Mitteln für die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit die Hoffnung einer Besserung unserer Arbeitslage berechtigte. Als erster Diskussionsredner nahm der

Genosse Hoch

das Wort. Er erkannte zwar an, daß die vom Minister gemachten Mitteilungen an sich wertvoll seien, aber bedauerte um so mehr, daß für die Arbeiten des Ausschusses in bezug auf die unterstützende Erwerbslosenfürsorge die vor vier Monaten versprochenen positiven Angaben nicht gemacht worden seien, nämlich 1. wieviel Mittel verwandt werden können für die Besserung der Lage der unterstützten Erwerbslosen und 2. wie im einzelnen diese Besserung aussehen sollte.

Nach einer der üblichen Kommunistenreden ging

Genosse Herx

ausführlich auf die Erklärung des Reichsfinanzministers ein, die er angesichts der furchtbaren Erwerbslosennot als vollkommen negativ ansieht. Die Regierung scheint völlig zu überschauen, welche Auswirkungen ein

zweiter Winter der Massenarbeitslosigkeit

mit sich bringen müsse. Es ist auch kurzfristig, wenn das Reich es ablehnt, die erforderlichen Kräfte für die Erwerbslosenfürsorge auf sich zu nehmen, ohne dabei zu bedenken, daß es ja damit die Lasten an sich nicht aus der Welt schafft, vielmehr lediglich auf andere öffentliche Körperschaften, besonders die Länder und Gemeinden, abwälzt. Die zunehmende Empörung der Gemeinden gegen diese Reichsfinanzpolitik ist durchaus verständlich.

Die Reichsregierung überläßt die Auswirkungen des ganzen Massenelends den erwähnten öffentlichen Körperschaften, plant aber gleichzeitig auch noch eine Reform des Finanzausgleichs, die wiederum eine Entlastung des Reichs bringen soll.

So spielt z. B. der Reichsfinanzminister mit dem Gedanken, die Garantie des Reiches bei der Umsatzsteuer allmählich wieder von

Reichs wegen los zu werden. Der grundsätzlich richtige Gedanke, daß die Reichsinteressen den Vorrang beanspruchen sollen, ist nur dann zu verwirklichen, wenn nicht den Gemeinden neue Lasten aufgebürdet werden. Den Gemeinden aber heute die große und immer wachsende Last für die Unterstützung der Ausgesteuerten zuzumuten, macht den Finanzausgleich unmöglich.

Das Steuerermilderungsprogramm vom Frühjahr 1926 hat in seiner Durchführung keineswegs die Erwartungen erfüllt, die damals hinsichtlich einer Erleichterung und Belebung der Wirtschaft geheiht wurden. Die Sozialdemokratie hatte sich damals mit diesem Programm auch nur unter der Bedingung abgefunden, daß sich der Finanzminister ausdrücklich verpflichtet halte, auch nach Durchführung der Steuerermilderung allen sozialen Erfordernissen gerecht werden zu wollen. Wenn heute das Endergebnis der Reichsfinanzungen nicht ungünstig ist, so doch nur deshalb, weil die Zölle, die Einkommen- und die Körperschaftsteuer mehr gebracht haben als diejenigen Einnahmen, die nicht in Zusammenhang mit der Konjunktur zu bringen sind. Die ausgesprochenen Konjunktursteuern, die Lohn-, Umsatz- und Beförderungssteuern, sind

bestensfalls Papier geblieben

und zeigen keineswegs eine Belebung der Wirtschaft. Die Bruttogehälter aus den Einnahmen der Lohnsteuer ergeben für April 1926 89, für Mai 90, für Juni 92, für Juli 94, für August 93 und für September 93 Millionen Reichsmark. Man kann also weder für die letzten Monate von einer Belebung der Wirtschaft sprechen, noch sie etwa für die nächsten Monate in Aussicht stellen. Von den Auswirkungen des englischen Kohlenstreiks auf den deutschen Bergbau und die von ihm abhängigen Industrien darf nicht etwa auf die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft eine Schlussfolgerung gezogen werden.

Die Regierung versucht ihr geringes Zugeständnis an die Erwerbslosen mit der Finanzlage des Reichs zu begründen, und der Reichsfinanzminister Reinhold hat wieder einmal in der bei solchen Fällen üblichen Schwarzmalerei die

berechtigten Forderungen der Arbeitslosen abgelehnt.

Wenn es sich um andere Volkskreise handelt, sind aber immer wieder Reichsreferenten zur Verfügung. Es ist die Frage aufzuwerfen, ob die Reichsregierung die möglichen Einnahmen bereits erschöpft hat. Sind die Gewinne aus der Münzprägung mit in den Nachtragsetat eingestellt? Ist die Reichsregierung bereit, die noch zur Verfügung stehenden Eisenbahnvorzugsoaktien unterzubringen? Wenn die Finanzlage des Reichs so schwierig ist, wie sie der Reichsfinanzminister schildert, dann ist es um so unverständlicher, daß er gelegentlich der Industriekongresse in Dresden Steuerentlastungen in Aussicht gestellt hat, insbesondere soweit es sich um die Realsteuern handelt. Es ist ein unerklärlicher Widerspruch, wenn derselbe Reichsfinanzminister hier im Sozialen Ausschuss Schwarz in Schwarz mal, um den Industriellen an anderer Stelle weitere Steuerermilderungen zu versprechen. Es muß geradezu als Skandal bezeichnet werden, daß z. B. das Gesamtergebnis der Erbschaftsteuer in diesem Jahre ganze 12 Millionen beträgt. Die Vermögenssteuer hat 110 Millionen M. gegenüber einem Voranschlag von 400 Millionen gebracht. Solange solche starken Steuerquellen von der Reichsregierung nur in ganz geringem Umfang in Anschlag genommen werden, hat die arbeitende Bevölkerung kein Verstandnis dafür, daß dem Reich die Mittel für eine ausreichende Unterstützung der Opfer der Wirtschaftskrise fehlen sollen!

Die vom Reichswirtschaftsminister dargelegten günstigen Wirkungen der Rationalisierung vermögen wir nicht festzustellen. Eine Rationalisierung, die nur hohe Gewinnraten bezweckt, bedeutet keine Gesundung der Wirtschaft. Die Regierung darf aber weder an diesen, noch an den Riesengeheimnissen der Börse als wichtigste Steuerquellen vorbeigehen. Wenn die gegenwärtige Finanzlage des Reiches, wie es die Regierungsvertreter ausgesprochen haben, eine Erwerbslosenhilfe nicht gestattet, dann ist es höchste Zeit, die Quellen der Erbschaftsteuer, der Vermögenssteuer und der Vermögenszuwachssteuer zur Ueberwindung der Krise und der Erwerbslosennot endlich und ausreichend zu erschließen.

Die Verhandlung geht weiter.

Zur Racheiferung.

Erfreuliche Erfolge der Werbearbeit.

Aus Rostock wird uns geschrieben:

Seit einigen Wochen haben die hiesigen Parteigenossen die sozialdemokratische Werbewoche vorbereitet und nun mit aller Kraft die Arbeit aufgenommen. Der Erfolg war sehr erfreulich, zählten wir doch am Dienstag, den 19. Oktober, bereits 270 neue Mitglieder für die Partei und 244 neue Abonnenten der „Mecklenburgischen Volkszeitung“.

Eingeleitet wurde die Werbewoche durch eine erweiterte Mitgliederversammlung, die sehr stark besucht war, und in der Reichstagsabgeordneter Genosse Wilhelm Kröger ein wirkungsvolles Referat hielt über die nächsten Aufgaben und die bisherigen Erfolge der Sozialdemokratie. Das Referat wurde mit starkem Beifall aufgenommen. In der Versammlung wurden 40 neue Mitglieder gewonnen.

Die Stadt Rostock zählt nicht ganz 70 000 Einwohner. Wenn schon dort auf Anhieb ein so gutes Resultat erzielt werden konnte, wieviel mehr muß das in den Großstädten der Fall sein.

Jeder eifere den Mecklenburger Genossen nach, dann wird das Endergebnis ein gutes sein!

Reichsregierung und Abrüstung.

Eine offiziöse Anklage.

Von zuständiger Seite wird erklärt:

Zu den Beschlüssen der Völkerverkonferenz wird die Reichsregierung selbstverständlich erst dann Stellung nehmen können, wenn ihr diese Beschlüsse vorliegen. In den nächsten Tagen wird der Auswärtige Ausschuss des Reichstages sich mit dieser Angelegenheit befassen. Das Haavas-Kommuniké über die gestrige Sitzung der Völkerverkonferenz sagt in der Hauptsache nur, womit sich die Völkerverkonferenz beschäftigt hat, und in diesen Verhandlungspunkten an sich sieht man an zuständiger Stelle in Berlin nichts besonderes, da es sich um Verhandlungen und auch Vereinbarungen mit der Militärkontrollkommission der Entente handelt, die die Völkerverkonferenz sanktionieren muß.

Am einzelnen wird zu den Punkten des Haavas-Kommunikés bemerkt, daß der Rücktritt des Generals v. Seeckt tatsächlich mit irgendwelchen außenpolitischen Gründen nichts zu tun habe und eine rein innenpolitische Angelegenheit sei. Auch habe General Heine, der sich noch im Urlaub befinde

Keinerlei besondere Direktiven

für die Weiterführung des Amtes seines Chefs der Heeresleitung angenommen. Die Frage des Oberbefehls sei durch die Vereinbarungen mit der Völkerverkonferenz, denen gemäß das Wehrgesetz vom 23. März 1921 gefaßt worden sei, erledigt. Die letzte Verhandlung darüber sei im vergangenen Sommer geführt worden, wo die Militärkontrollkommission eine Rückfrage wegen der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom Januar 1919 gestellt hat, die dahin beantwortet wurde, daß diese Verordnung durch das Wehrgesetz außer Kraft gesetzt worden ist. Was die laut Haavas von der Völkerverkonferenz besprochenen

ungeklärten Einstellungen in die Reichswehr

angeht, so wird auf das Bestimmteste erklärt, daß es solche nicht gäbe, die Teilnahme des Hohenzollernprinzen an Reichswehrlübungen sei ein Einzelfall gewesen und gerade, daß dieser Einzelfall zum Rücktritt des Generals v. Seeckt geführt habe, bzw. welche (?), daß keinerlei illegale Einstellungen gebildet würden.

Die Frage der Ausfuhr von Kriegsmaterial ist noch Gegenstand von Verhandlungen. Die großen Fragen der Organisation, Bewaffnung und Unterbringung der Polizei sind geregelt.

Kritik sind nur noch Kleinigkeiten.

wie z. B. das Zahlenverhältnis der gemeindlichen zur staatlichen Polizei usw.

Wenn die Haavas-Mitteilung auch die Frage der Veräußerung gewisser militärischer Gebäude erwähnt, so wird dem von zuständiger Stelle entgegengehalten, daß der Verkauf von ehemaligen Kasernen davon abhängig sei, daß sich Käufer dafür finden.

Der Haavas-Punkt der Befestigung von Königsberg soll gewisse Unterhaltungsarbeiten an dieser Befestigung betreffen, die wertlos werden müßte, wenn sie nicht unterhalten werden dürfte.

Was gewisse Sportverbände angeht, so schreibt § 5 des Wehrgesetzes ausdrücklich die Auflösung aller Vereine vor, die sich irgendwie mit militärischer Ausbildung befassen, dazu in Verbindung mit dem Reichswehrministerium stehen usw. Demgemäß sind Verfahren worden. Die Landesregierungen brauchen zur Auflösung solcher Vereine die Zustimmung der Reichsregierung, die auch bei jener Auflösung von Vereinen eingeholt worden ist, welche soeben der Staatsgerichtshof ungültig gemacht hat, wobei allerdings der Auflösungsgrund der militärischen Betätigung nicht annulliert werden konnte, weil es dagegen eine gerichtliche Anfechtung nicht gibt. Die zuständigen Stellen stehen auf dem Standpunkt, daß

gegen geheim-militärische Vereine und Verbände alles getan worden sei, wozu sich Deutschland verpflichtet habe.

Nachdem der Streit um die Entwaffnungsfrage wieder entsacht ist, erfolgt nun eine der üblichen offiziellen Erklärungen.

gen, die auf den ersten Blick und nach den bisherigen Erfahrungen nicht geeignet erscheint, die Lösung des Problems zu fördern.

Wir fürchten, daß die Gegenseite viel eher in der Lage sein wird, zu den einzelnen hier aufgestellten Behauptungen Stellung zu nehmen, als die bisher systematisch ausgeschaltete deutsche öffentliche Meinung.

Die Schlacht der Admiräle.

Admiral v. Müller gegen Tirpitz.

Herr v. Tirpitz hat in seinen Büchern, insbesondere in seinem neuesten hier schon besprochenen „Deutsche Odnmachtspolitik im Weltkrieg“ nachzuweisen versucht, daß es während des Weltkriegs in Deutschland an der Spitze nur Trottel gegeben hat, bis auf ein Genie, das von den anderen in hundsgemeiner Weise abgefäht worden ist — und das war natürlich er. Einer der Angegriffenen, der ehemalige Chef des Marinekabinetts, Admiral v. Müller, ergreift nun in der „Germania“ das Wort zur Gegenwehr. Er kündigt eine ausführliche Gegenschrift an und läßt sich jetzt schon über seinen Widersacher u. a. so vernehmen:

Mein Verhältnis zu Tirpitz hat sich im Kriege sehr bald geändert. Ich mußte mich zu meinem Bedauern überzeugen, daß er nicht nur kein Staatsmann war, sondern daß er durch sein Verhalten immer mehr zu einer schweren Gefahr für die Einheitlichkeit von Kriegsführung und Politik wurde. Als trotz aller vorausgegangenen Uebereinstimmungsversuche die Krise sich im März 1916 bis zum Bruch steigerte und Tirpitz sein Abschiedsgesuch einreichte, habe ich mich ganz bemüht auf den Standpunkt gestellt, daß endlich reiner Tisch gemacht werden müsse. Es handelte sich nicht mehr um die Persönlichkeiten Tirpitz und Bethmann Hollweg, sondern um die Autorität der Reichsleitung. Ich hätte vielleicht den Konflikt noch einmal überbrücken können, trotz des begreiflichen Jornes des Kaisers auf den Großadmiral, und ich habe in diesem Sinne mit dem Reichkanzler gesprochen, aber es mußte im Staatsinteresse bei der Genehmigung des Abschiedsgesuches bleiben. Von wohlmeinender Seite wurde ich damals darauf aufmerksam gemacht, daß Tirpitz mich von Stund an mit seinem ganzen Hasse verfolgen würde, und er sei ein großer Haser. Ich erklärte, das könne mich nicht abhalten, zu tun, was ich im Interesse des Vaterlandes liegend ansähe.

Im Interesse des Vaterlandes lag aber in erster Linie die Aufrechterhaltung der Autorität der Reichsregierung. Die Untergrabung dieser Autorität, die sich, ganz im Tirpitzischen Geiste, durch die Entfernung des Reichkanzlers Bethmann-Hollweg von seinem Amte, im Sommer 1917, fast bis zur Vernichtung steigerte, war der entscheidende Schritt in der wirklichen Odnmachtspolitik im Weltkrieg. Will man überhaupt gelten lassen, daß das irreguläre Votum schließlich der Wehrmacht zu Lande und zu Wasser den Dolch in den Rücken gestochen habe, so muß man sagen, daß der Dolch durch die Untergrabung der Autorität der Reichsregierung, an der Tirpitz maßgebend war, geschärft worden ist.

Die Fülle der Remoirenwerke, die seit dem Krieg über uns ausgestreut wurde, hat uns längst einen tiefen Einblick in die Verhältnisse hinter den Kulissen gewährt. Während die Massen bluteten und hungerten, herrschte an der Spitze ein frisch-fröhlicher Privatkrieg aller gegen alle. Man zankte sich darum, wer Ruhm und Lohn des erwarteten Sieges ernten sollte; jeder nahm alles für sich in Anspruch und gönnte dem andern keinen Hegen. Neid, gekränkter Eitelkeit, Klatsch und Intrigensucht feierten Orgien. Als dann die Sache schief ging, versuchte man zunächst alles auf das Volk abzuwälzen. Bald aber brachen die alten Instinkte wieder durch. Jeder versuchte, sich selber reinzuwaschen und die Schuld an der Niederlage den anderen zuzuschreiben. In ihren eigenen Remoiren sind sie alle Lichtgestalten, die anderen aber sind teils unheilbare Dummköpfe, teils dreckige Kerle.

Dank dieser Remoirenliteratur wissen wir heute ziemlich genau, wie wir in den herrlichen alten Zeiten regiert wurden. Rätselhaft bleibt nur, wie bei einer solchen Wirtschaft der

schließlich unausbleibliche Zusammenbruch vier Jahre lang aufgeschoben wurde. Vielleicht finden wir die Lösung auch dieses Rätsels in einer Tagebuchaufzeichnung, die Tirpitz zu Beginn des Krieges niederschrieb: „Das Volk ist herrlich, aber der Kapitalist faul.“

Von diesem faulen Kopf war Herr v. Tirpitz ein sehr wesentlicher Bestandteil.

Eine deutliche Antwort.

Auf kommunistische Unverschämtheit.

Der kommunistische Landtagsabgeordnete Piez, jetzt Führer der Fraktion mit der Kaskemmenmethode, hat die Stirn gehabt, von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zu fordern, sie solle einen Vertreter in eine kommunistische Verammlung schicken, damit er dort die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion verteidige!

Auf dieses dreiste Verlangen ist sofort die folgende, sehr eindeutige Antwort abgegangen:

21. Oktober 1926.

An die KPD. Bezirk Berlin-Brandenburg
Berlin, Münzstraße 24.

Auf Ihren Brief vom 20. d. M., den wir durch „Einschreiben“ erhielten, teilen wir Ihnen mit:

Unsere Fraktion ist selbstverständlich bereit, in öffentlichen Versammlungen ihre Stellungnahme zum Hohenzollern-Bergleich klarzulegen. Wir haben dieses auch bereits in unserer Werbeweche mit Erfolg getan. Jedoch lehnen wir es nach dem beispiellosen, unflätigen Verhalten der kommunistischen Landtagsabgeordneten ab, einen Vertreter in Verammlungen, die von der KPD. einberufen sind, zu entsenden.

Wir ersuchen Sie, diesen Brief in Ihrer Verammlung zur Kenntnis zu bringen.

Sozialdemokratische Fraktion.
gez. Müller, Hannover.

Das war die einzig mögliche Antwort auf die kommunistische Unverschämtheit. Nachdem die Gefellen im Landtag besonders unsere Abgeordneten, besonders die weiblichen, in der schamlosesten Weise angepöbel haben, nachdem die kommunistische Presse Tag für Tag unsere Partei und ihre Vertreter in der rüdesten Art beschimpft, kann man diesen Einheitsfrontlern nichts anderes als die — Rückenfront zeigen. Sie mögen sich in ihren Verammlungen nur selbst unterhalten. Sozialdemokraten haben besseres zu tun, als ihnen den Saal füllen zu helfen.

Spaltung bei den Radikalen?

Der linke Flügel will sich selbständig machen.

Paris, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Radikalen Partei scheint sich als Nachwirkung des Parteitag an Vorabend eine Spaltung vorbereiten zu wollen. Abgeordneter Meyer, der sich mit den Beschlüssen des Parteitages durchaus nicht einverstanden erklärte, hat am Mittwoch in den Wandelgängen der Kammer angekündigt, daß er und etwa 30 seiner Parteifreunde nach Wiederzusammentritt des Parlamentes sich darüber schlüssig machen würden, ob sie sich zu einer neuen Gruppe, der radikalsocialistischen Linken, zusammenschließen sollten. Die neue Gruppe, die also den linken Flügel der Radikalen Partei umfassen würde, würde sich zwischen den Radikalen und den Sozialisten anstellen.

Mehrheit für die neue tschechische Regierung

159 gegen 113 Stimmen.

Dem neuen Prager Kabinett ist vom Abgeordnetenhaus mit 159 gegen 113 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen worden. In der Debatte hatten sich sowohl die tschechischen wie auch die deutschen Nationalisten gegen den Eintritt deutsch-bürgerlicher Minister in die Regierung ausgesprochen. Auch die Sozialdemokraten beider Sprachgebiete stießen zur Regierung in Opposition.

Tagur und der neue Tanz.

Von Berthe Trümpp.

Kabirabranah Tagur, der gewöhnlich in Wien schwer erkrankt ist, hat bei seinem jüngsten Besuche in Berlin einige prominente Vertreterinnen des neuen deutschen Tanzes sich über die modernen Kunst der rhytmischen Bewegungen unterhalten. Eine der von ihm eingeladenen Künstlerinnen, Frau Berthe Trümpp, sendet uns die folgende lebendige Schilderung der interessanten Zusammenkunft.

Um 2 Uhr nachmittags Telefon: Tagur bittet Vera Storonel um 3 Uhr im Kaiserhof vor ihm zu tanzen und Berthe Trümpp soll mit ihm sprechen. Storonel hat ein halbes Jahr in Folge Hüftverletzung nicht getanzt — aber es muß gehen — es ist zu interessant, den neuen deutschen Tanz, den neuen dadurch geschaffenen Mädchentypus dem großen Jüder zu zeigen. Im Kaiserhof warfen noch Herta Feist und die Baban-Schule. Kurzer Vortrag des Managers: Tagur wünscht für seine Schule eine deutsche Tanzlehrerin, versuchen Sie ihm den deutschen Tanz zu erklären. Trümpp-Storonel sollen anfragen. Trümpp spricht englisch, kann erklären.

Ein scheidlich europäischer Hotelsoal. Einige wunderschöne, sanft schreitende indische Frauen, und dunkle Männer. Wir ziehen unsere Tanzkleider an, probieren den Teppich aus. Tagur erscheint. Zwei Jüder fassen den Saum seines Gewandes, kurze Ueberlegung: wie lassen wir ihn begrüßen — da reicht er uns schon die Hand, dankt für unser Kommen. Storonel beginnt zu tanzen: „Allegro barbaro“, schreiende Armrhythmen, toller Wirbel. Trümpp geht zu Tagur. Er sieht da mit geöffneten Händen, und uns erschüttert die unendliche Demut seines Wesens. Bilder europäischer Größen tauchen im Geiste auf. Wer von ihnen hätte sich wohl in dieser Weise um den neuen Tanz getümmelt, ihn demütig erforschen wollen?

Er sagt: „Es ist gut, daß die Tänzerin ein reines Herz hat, sonst dürfte sie nicht die Beste der Gewalt tanzen, sie wäre sonst böse in der Auswirkung auf die Zuschauer. So fühlt man nur die Kraft — und die beglückt.“ Er spricht ein selbes sehr schönes Englisch, mit wunderbaren, schwer wiederzugebenden poetischen Bildern und Wendungen. Dann sagt er: „Sprechen Sie mir von dem neuen Tanz; er ist eine fremde Blüte, nach der ich mich seit Jahren sehne; ich verlange mit meinen Schülern zu tanzen. Es ist nötig, ich weiß es, aber der Weg dazu ist mir noch fremd.“

Ich erkläre ihm kurz einige technische Vorgänge, dann das tänzerische Erlebnis der schwingenden Licht, das Zeichen der Unendlichkeit, dessen zwei verbundene Kreise um die Zeit den Tod und Leben schwingen. Storonel und ich improvisieren, laufen die Licht im Raum in verschiedener Spannung. Er sagt: „Dieser Tanz bannet in Körper in die geheimnisvollen Ströme des Weltalls.“ Dann fragt er: „Aber wie ist es mit dem Tanz der Männer? Können sie dieselben Bewegungen ausführen und erleben? Mir scheinen die Männer doch mehr schauspielerisch (histrionisch).“ Storonel zeigt einen gestalteten, schneidend scharfen Armrhythmus, Tagur ruft lebhaft: „Oh, das ist gut, so können Männer und Frauen tanzen, so kann der Tanz endlich gemeinsames Erlebnis beider Geschlechter werden, nicht mehr Zweckausstellung des einen für's andere!“ Er sagt lächelnd hinzu: „ — — doch dieser Tanz gilt wohl nur für den neuen Typus

Mädchen (athletic girl). Oh, wie gut ist es, daß so die Frauen ihren Körper erleben können, ohne den häßlichen Reformwahnsinn.“

Storonel bittet mich: „Erzähle von unserer Gruppe!“ Und ich erzähle von ihren Tanzwerten, vom „höhen Quadrat“, dessen graue Mauern durch die Wucht ihrer Form den Menschen in ihrer Mitte zerstören, von dem blühenden Rhythmus des Tanzspiels und dem drehenden Reisenrad, das der Weg zurück zum frohlockenden Tanz werden soll.

Er sagt: „Wenn man allein tanzt, so bewegt man sich ganz nach seinem eigenen Willen und Wesen. Das ist ein einzelner Ton. Aber wie entsteht die Harmonie, das Zusammenschwingen vieler Töne?“ Ich erzähle, daß jeder sich auf den Rhythmus einstellen muß. Er lächelte und erwidert: „Dann gibt jeder also etwas von seinem Wesen zugunsten des großen Ganzen auf — aber aus diesen hingebenen Gesten entsteht dann die über dem Tanz schwingende Seele, statt vieler Wesen die große Weisheit.“

Ich tanze zwei indische Lieder, er sagt: „Sie fühlen den tänzerischen Geist der Vergangenheit und fremder Länder, Ihre junge Freundin sieht die Zukunft des neuen Tanzes. Es ist gut, daß Sie zusammen sind.“

Dann zeigte Herta Feist die Baban-Schwünge sehr schön, und erzählte von Babans Raumbühne. Der Dolmetscher überlegt zu meinem Entsetzen kaum mit „room“, — aber in einem schönen Duett ohne Kunst gaben Herta Feist und Lotte Kurbach einen klaren und guten Eindruck vom unmittelbaren, auf Baban-Befehlen aufgebauten Tanz.

Dann stand Tagur mitten im Raum und sprach mit feierlichen Handbewegungen: „Der alte Geist war steinern und bewegungslos; der neue Geist soll vibrierend und lebensprägend sein. Für diesen müssen die Körper vibrierende und lebendige Gefäße werden, befähigt zu jeglichem Ausdruck der Einheit von Leib und Seele.“

Es folgte noch ein ganz europäischer „Hünfuhrt“ mit Tagurs Sohn und Schwiegertochter und den indischen Schülern.

„Wie ist es möglich, daß zarte Frauen wie Sie und Ihre Freundin so anstrengende Arbeit leisten können?“ wurden wir immer wieder gefragt. Wir erzählten, wie unser Tanz für uns Religion, das Zeichen einer neuen Gemeinschaft sei. Wie wir im Sommer zusammen am Meer gelebt und gearbeitet haben, die wilden Meeresstürmchen und heißen Sommermitten im Moor getanzt haben. Die Jüder erzählten von den Tänzerinnen in den Tempeln, — den schönsten Töchtern der alten Familien, die dort erzogen werden nach uralten Gebräuchen.

Selbstam gut verstanden wir uns. Ob nicht doch der Tanz die Kunst ist, die die Massen und Nationen in einem gemeinsamen menschlichen Erleben sich finden läßt?

Die Skala der Herbstfarben. Die Natur als Landschaftsmaler ist jetzt wieder in voller Tätigkeit und breitet an den kurzen Sonnentagen, die uns noch gegönnt sind, das wunderbare Farbenspiel vor uns aus. Die Schönheit der Herbstfärbung hat den Menschen stets als ein gültiges Wunder berührt, durch das der ewige Kreislauf des Werdens noch einmal seinen höchsten Glanz entfaltet, bevor die Stille des Wintertodes scheinbar eine Pause in dieser Sinfonie des Seins eintreten läßt. Unser farbengefülltes Auge beobachtet aber

heute die unzähligen Nuancen und Stufen dieser Herbstfärbungen feiner als je zuvor. Das zeigt die Schilderung, die Fritz von Oberm in seinem im Verlag der „Garten Schönheit“ erschienenen Buch „Gartenglück von heute“ diesem Schauspiel widmet. Zuerst ist es das tiefe Rot, die glühende Weichheit warmer Farben, die die Bäume in ein Prachtbild hüllt. Der Märchenwald strahlt im Sonnenfunkel mit einer geradezu überirdischen Pracht und Heiligkeit. Nicht Lager später wandelt sich dann diese schwere rote Sinfonie in ein Konzert heller, „grüngoldigglänzender“ Töne, das nicht minder ergreift. „Ich kam längst zu den Eternitäten“, sagt der Verfasser, „daß der Herbst in Farbenpracht den blumigsten Reiz schlägt, aber ihm fehlt das hoffnungsfähige Wirken in Liebe und Erwartung; mir eben eine unvergleichliche, aber kalte Pracht, die er mit vollen Händen ausstreut. Wieder einige Tage später nun ist alles in eitel Gold in unendlichen Abstufungen, Regierungen mit Kupfer und Silber bis zum reichsten Schwefelgelb. Ganze Hallen und goldene Säle und Dome betritt der Fuß auf reich gesticktem Teppich in allerfeinsten Blattmustern, stillert wie von Albrecht Dürers Stift. Dunkle, tiefgrüne Säulen der Koniferen tragen ein wundervolles Goldgewölbe, aus dem lange zarte Birkenzöpfe herabhängen. Breite Laiken in Goldbraun in wogerech durch die dicke Dose gezogen, worin die Buche Meister ist, und die Äste und Stämme stehen mächtig schwarz in all dem Goldglänze. Jetzt ist die Höhe, jetzt gibt's keine Steigerung des ganzen Jahres mehr, wir sind im Allerheiligsten angekommen.“

England will ausländische Theaterstücke besteuern. Die englische Presse macht darauf aufmerksam, daß die Verfasser und Komponisten von Theaterstücken, soweit sie im Auslande anständig sind, für die in England erzielten finanziellen Erträge keine Steuern bezahlen, da sie durch das englische Einkommensteuergesetz nicht erfasst werden und eine besondere Lantiensteuer nicht besteht. Die Anregung, hierin zu reformieren, wurde schon vor Einbringung des diesjährigen Budgets veröffentlicht, jedoch ohne Erfolg. Die Propaganda richtet sich hauptsächlich gegen amerikanische Autoren, die mit Operetten und Revuen, z. B. mit „No No Nette“, große Summen in England verdient haben.

Die deutschfeindlichen Stellen im Valentino-Film. Die vier Kaspischen Reiter“ sind, wie aus New York gemeldet wird, auf Veranlassung des Staatsdepartements gestrichen worden.

Die Herbst-Ausstellung der Berliner Sezession wird am 23. mittags 12 Uhr, vor geladenem Publikum eröffnet.

Städtische Oper. Am 22. wird statt „Die toten Augen“ „Cyrano de Bergerac“ unter musikalischer Leitung Bruno Walter's gegeben.

Englisches Theater deutscher Schauspieler. Die für 7. November im Schillertheater angeplante Vorstellung „The Importance of Being Earnest“ muß infolge technischer Schwierigkeiten auf einen späteren Termin verlegt werden.

Die Neue Kunstausstellung. Teutchenstr. 6, hoodpr., zeigt vom 20. Oktober bis 5. November eine Kollektiv-Ausstellung von Aquarellen von Friedrich Zeigl.

Ein Seminar für internationale Studien wird mit zum Teil internationalen Gelehrten in Wien gegründet werden. Es soll der dortigen Universität angegliedert werden, aber unter besonderer Verwaltung und Leitung stehen. Das Seminar dürfte den Anfang der internationalen Universität bilden, deren Schaffung im letzten Sommer in der Völkerverkonferenz für geistige Zusammenarbeit erörtert worden ist.

Eugen Debs gestorben.

Der Führer der amerikanischen Sozialisten.

Chicago, 20. Oktober. (WZB.) Einer der ältesten sozialistischen Führer Amerikas Eugen Victor Debs, ist heute abend gestorben. Er hatte als Präsident des Eisenbahnerverbandes zahlreiche große Streiks organisiert und war fünfmal sozialistischer Kandidat für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten. Das letzte Mal, als er eine zehnjährige Gefängnisstrafe verbüßte, zu der er wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle verurteilt worden war.

Nach der in unserer Mittwochs Morgenausgabe veröffentlichten Meldung war es leider klar, daß man jeden Augenblick mit dem Tode des Einundsechzigjährigen rechnen mußte.

Eugen Victor Debs war die populärste Figur der nordamerikanischen Arbeiterbewegung. Er kam durch die Gewerkschaftsbewegung zum Sozialismus. In den neunziger Jahren war er Sekretär des Verbandes der Lokomotivführer und Heizer und stand im Jahre 1894 an der Spitze eines Eisenbahnerstreiks, wofür er sechs Monate Gefängnis erhielt. Im Gegensatz zu den meisten anderen Gewerkschaftsführern Amerikas, die sich politisch entweder gar nicht oder bei den bürgerlichen Parteien betätigten, erkannte er als einer der ersten die Notwendigkeit der Bildung einer politischen Partei der Arbeiterklasse und war einer der Gründer der 1897 ins Leben gerufenen Sozialdemokratischen Partei Amerikas, die sich drei Jahre später mit der Sozial Labour Party verschmelzte. Seit 25 Jahren galt Eugen Debs in Amerika als der Führer des Sozialismus schlechthin. Er wurde fünfmal Präsidentschaftskandidat für die Sozialisten: 1900, 1904, 1908, 1912 und 1920. Natürlich war das nur eine Zählkandidatur, da die noch in ihren Anfängen stehende amerikanische Arbeiterbewegung nirgends erste Ausichten hatte. Aber Eugen Debs war weit über die Kreise seiner eigentlichen Parteigenossen äußerst populär, als hinreichender Redner und als Märtyrer. Die ihm 1918 diktierte zehnjährige Gefängnisstrafe wegen Antikriegspropaganda erhöhte seine Volksstimmlichkeit und dehnte sie auf weite Schichten aus, die bis dahin dem Sozialismus völlig ablehnend gegenüberstanden. Daß Debs noch lange nach Kriegsende einen großen Teil dieser ihm in der Kriegspolizei auferlegten ungeheuerlichen Strafe abtun mußte, und daß Wilson sich bis zu seinem Abgang hartnäckig weigerte, ihn zu begnadigen, hat seine Volksstimmlichkeit noch erhöht und der Sache des Sozialismus, die sich drüben nur langsam Bahn bricht, nur gedient. Trotz aller Anbiederungsversuche der Kommunisten hat Debs den Bolschewismus von Anfang an entschieden verurteilt und dabei blieb er bis zu seinem Tode.

Gehässige Nationalistenheke.

Pariser Reaktionen hoffen auf die Rückkehr Wilhelms.

Paris, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Berliner Vertreter des „Echo de Paris“ veröffentlicht einen sehr gehässigen Artikel über die Möglichkeit der Rückkehr Wilhelms II. nach Deutschland. Er behauptet, daß der ehemalige Kaiser in längstens zwei Jahren in Schloß Homburg sitzen werde. Deutschland habe „den bleichen Feindling“ nur deshalb feinerzeit lassen, weil man so von den Siegern günstigere Bedingungen herauszuschlagen wollte; jetzt aber wolle man den Kaiser wieder in Deutschland sehen, um auch nach außen hin den Wiederaufstieg Deutschlands aus der Niederlage zu dokumentieren (!). Jeder brave Deutsche habe sich bereits auf die bloße Ankündigung von einer Rückkehr Wilhelms II. manisch umgestellt.

Diese Auslassung des Berliner Vertreters eines Pariser Rechtsblattes gehört in die Reihe der Versuche, die in Thoiry angebahnte Verständigung Deutschland-Frankreich zu sabotieren. Planmäßig wird von diesen Kreisen Stimmung gemacht, um der französischen Außenpolitik die Einlösung ihrer Locarnozusagen unmöglich zu machen. Diese Stimmungsmache ist im vorliegenden Falle um so verlogener, als der Berliner Berichterstatter der französischen Zeitung natürlich ganz genau weiß, daß der törichte und ungeschickte Sach in dem Hohenzollernvergleich über Schloß Homburg gar keine politische Bedeutung hat. Die Rückkehr Wilhelms ist und bleibt auf Grund des Republikvertrages unterlag. Immerhin ist die systematische Hebe, die — in Erinnerung an die Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland — jetzt eingeleitet hat, ernst genug. Aus ihr erwächst der deutschen Außenpolitik die Pflicht, nicht wie bisher passiv und tatenlos dem Umsichgreifen derartiger Gerüchte zuzusehen. Wenn das auswärtige Amt sich nicht bald dazu aufrafft, auf einem der mannigfachen Wege, die ihm dazu offen stehen, der Öffentlichkeit unzweideutig zu erklären, daß für die Reichsregierung eine Rückkehr Wilhelms für alle Zeiten nicht in Frage komme, dann arbeitet es der ausländischen Chauvinistenheke durch Untätigkeit in die Hände. Das was ihm vielleicht eine Selbstverständlichkeit ist, ist darum noch keine Selbstverständlichkeit für das reaktionäre Ausland, das gierig nach Schwächen der deutschen Außenpolitik fahndet. Wenn Herr Stresemann, nach seinen Genser Schlusserlebnissen, jetzt dem Sprichwort nachlebt, daß Schweigen Gold sei, so darf er andererseits doch die ebenso alte Weisheit nicht außer acht lassen, daß Schweigen als Zustimmung ausgelegt wird.

Die Sozialdemokratie hat bereits durch ihren Initiationsantrag im Reichstag gezeigt, daß sie nicht gewillt ist, die Außenpolitik der Republik durch Zweifel über den Erklärungsgehalt zu lassen. Eine klare Stellungnahme der Reichsregierung ist, wie die letzten Tage gezeigt haben und wie die oben wiedergegebene Reibung wieder zeigt, so dringend erforderlich, daß Stresemann nicht erst darauf warten sollte, bis ihn die Opposition auf sie drängt.

Thoiry eine Sackgasse?

Paris, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche Botschafter in Paris, Herr von Hoersch, ist am Mittwoch abend spät von Berlin wieder eingetroffen. Man erwartet, daß er sofort von Briand, der ebenfalls am Mittwoch nach Paris zurückgekehrt ist, empfangen werden wird.

Am „Quotidien“ veröffentlicht Genosse Grumbach einen verhältnismäßig pessimistischen Artikel über die Zukunft der Thoiry-Politik. Er fährt darin alle Schwierigkeiten auf, die diese Politik in England und Amerika angeht und bezeichnet es als erstaunlich, wenn jetzt Herr von Hoersch wirklich mehrere neue Gedanken für eine leichtere Lösung mitbrächte. Die Mobilisierung der deutschen Dawes-Obligationen hänge leider nicht allein vom guten Willen Frankreichs und Deutschlands ab. Man sei augenscheinlich in eine Sackgasse geraten, aus der man vielleicht doch noch herauskommen könne, da man ja über die nötigen Mittel verfüge.

Die lange Nacht.

Die erste „verlängerte Nacht“ der Berliner trat sehr kleinlaut in Erscheinung. Ueberflüssig zu sagen, daß in den Arbeiterbezirken nur die allerwenigsten Gaststätten von der verlängerten Sperrstunde Gebrauch machten. Hier war von „Nachleben“ nicht die mindeste Spur. Aber selbst im Westen, im Kurfürstendammviertel sowie im Bezirk der Friedrichstraße, den Zentren des weststädtischen Amusements, sind die Lokale nur zum Teil geöffnet. In der Friedrichstraße hat man um 1 Uhr die Porten geschlossen. Um die Wilhelm-Gedächtniskirche allerdings ist einiger Betrieb. Das Café am Zoo ist von Nachbummlern stark besetzt. Die provinziellen Gäste suchen auf ihre Kosten zu kommen. In der Potsdamer Straße haben die meisten Cafés und Weinstuben kurz nach 1 Uhr zugemacht. Das Café Vaterland am Potsdamer Platz hat zwar die verlängerte Sperrstunde ausgenutzt, kommt jedoch kaum auf seine Kosten. Das große Lokal ist gähnend leer. Auch die Kraftschonbesitzer sind unzufrieden. Sie hätten weit mehr Betrieb erwartet. Alles in allem kann gesagt werden, daß sich die von der Restaurationsindustrie mit so gewaltigem Stimmungsanstieg propagierte Polizeistundenverlängerung für sich selbst kaum gelohnt hat und auch in Zukunft kaum lohnen wird.

Verabschiedung des städtischen Nachtragsetats.

Im Haushaltsausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung gelang es heute vormittag überraschend schnell, den städtischen Nachtragsetat zu verabschieden. Im wesentlichen läuft die heute morgen von allen Parteien einstimmig gutgeheißenen Regelung auf folgendes hinaus: Auf die Hundesteuererhöhung (Erlös 1 Million) wird verzichtet, die Straßenbahn wird für den Etat nicht wie ursprünglich vorgesehen mit 17, sondern nur mit 10 Millionen Mark weiter herangezogen. Der Anschlag für die Kraftfahrzeugsteuer wird entsprechend der preussischen Regierungsvorlage mit 3 Millionen Mark angesetzt, die Ausgaben für Wohlfahrtszwecke können um 2 Millionen Mark ermäßigt werden, weil endlich damit zu rechnen ist, daß der Gemeinde 50 Proz. der Ausgaben für die Ausgesteuerten vom Reich erstattet werden. Augenblicklich zahlt die Stadt die volle Unterhaltung für rund 40 000 Ausgesteuerte. Der dann noch verbleibende Rest von rund 3 Millionen Mark wird aus Mehreinnahmen der im Etat festgesetzten Steuern erwartet. Auf diese Weise ist es gelungen, noch einmal um die befürchteten Tarifierhöhungen herumzukommen und das ist auch der Grund, weswegen diese Regelung in einer Einheitsfront von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen angenommen wurde. Der Nachtragsetat wird in diesem Sinne heute von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet werden.

Raubüberfall im Laden.

Am hellen Tage entwischt.

Ein dreifacher Raubüberfall im Laden wurde heute mittag gegen 11½ Uhr in der Grubenowstraße verübt. In dem Hause Nr. 1 betreibt der Fahrradhändler und Schlosser Hill mit seiner 40 Jahre alten Ehefrau Getrub zusammen ein Ladengeschäft. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite hat er seine Reparaturwerkstatt. Während er hier mit seinen Gefellen tätig war, betrat ein Mann den Laden, angelehnt um ein Fahrrad zu kaufen. Frau Hill hatte sich kaum angelehnt, ihm einige Maschinen zu zeigen, als ihr der fasslose Kunde an den Hals sprang, sie würgte und mit einem Hieb zu Boden schlug. Während die Frau noch dalag und vor Schreck nicht wußte, wie ihr geschehen war, ergriff der Räuber ein Rad, führte es zur Tür hinaus, schwang sich hinaus und jagte die Grubenowstraße hinunter nach dem Jonsirchplatz zu. Auf die Hilferufe der Ueberfallenen nahmen Postanten, auch Hill mit einem Rad, und Säubereame die Verfolgung auf. Der Räuber hatte aber bereits einen so großen Vorsprung, daß es ihm gelang, in der Brunnenstraße den Verfolgern aus den Augen zu kommen und zu verschwinden. Frau Hill mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Mitteilungen zur Aufklärung an das Raubdezernat im Polizeipräsidium und die Kriminalpolizei des 17. Reviers.

Sonntagdrückfahrkarten für Schnellzüge.

Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, sind jetzt, und zwar bereits vom 9. Oktober ab für die Dauer des Winterfahrplans (bis 14. Mai 1927) alle Personenzüge, alle Eizüge und die D-Züge (diese gegen Zahlung des Schnellzugzuschlags), zur Benutzung mit Sonntagdrückfahrkarten, gültig ab Sonnabends 12 Uhr mittags, freigegeben. Ausgenommen hiervon sind die Schlafwagenzüge, F-D-Züge und folgende D-Züge: D 92/91 Berlin-Basel (D 92 Potsdamer Bahnhof ab 8,05 nachm.), D 37 und D 41 Berlin, Stadtbahn-Breslau (D 37 Friedrichstraße ab 4,07 nachm. und D 41 ab 11,22 nachm.), D 47 Berlin-Homburg-Wilna (D 47 Lehrter Bahnhof ab 8,45 vorm.) und D 42/43 Berlin-Frankfurt a. Main (D 42 Anhalter Bahnhof ab 7,46 vorm.)

Eisenbahner Sterben.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern auf dem Verschiebebahnhof Tempelhof. Der Eisenbahnschaffner Reinhold Baum aus Elsterwerda wurde neben den Schienen liegend mit einer klaffenden Kopfwunde bewußlos aufgefunden. Man brachte B. zur Rettungsstelle am Anhalter Bahnhof, wo aber kurz nach der Entleerung der Tod infolge doppelseitigen Schädelbruchs eintrat. Wahrscheinlich ist der Verunglückte von einem ränzelnden Zug erfaßt worden, oder aber beim Ueberqueren der Geleise so unglücklich gestürzt, daß er sich die tödliche Wunde zuzog. — In den heutigen Vormittagsstunden trug sich in den Eisenbahnbetriebswerkstätten in Tempelhof ebenfalls ein folgenschwerer Unfall zu. Der 63jährige Eisenbahnbeamte Joseph Berend aus der Jägerstraße 32 zu Groß-Wichterode geriet bei Reparaturarbeiten zwischen zwei Waggonspuffer und erlitt schwere Querschnittungen und innere Verletzungen. Der Verunglückte fand im Schöneberger Krankenhaus Aufnahme, wo er bedenklich darniederliegt. — Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich heute früh um 4 Uhr in der Friedrich-Ebert-Straße. Der in einer Arbeitskolonne mit Straßenbauarbeiten beschäftigte Arbeiter Peter Hansen aus der Winemünder Straße wurde von einem Postkrafwagen erfaßt und mehrere Meter mitgeschleift. Mit einem Schädelbruch und schweren inneren Verletzungen wurde H. durch einen Wagen des städtischen Rettungswagens in das Elisabethkrankenhaus gebracht. Sein Zustand ist hoffnungslos.

Unhaltbarer Zustand.

Bekanntlich ist die Kantstraße eine Hauptverkehrsader Charlottenburgs. Das scheint aber weder die Berliner Straßenbahn noch die Wago zu wissen. Es verkehren im ganzen drei Straßenbahnlinien in der Kantstraße, und von anderen öffentlichen Verkehrsmitteln ist dort keine Spur zu entdecken. Diese drei Straßenbahnlinien, es handelt sich um die 72, 89 und 93, sind nun im Fahrplan so genial gelegt, daß alle drei dicht hintereinander die Straße passieren, und man mindestens eine Viertelstunde warten muß, wenn man das Unglück hat, den letzten der drei Wagen zu veräumen. Ganz abgesehen davon sind die Wagen bereits von der Wilmersdorfer Straße überfüllt! Gerechtigkeit muß man allerdings zugeben, daß in den Nachmittagsstunden frei-

bleibend Einhaltwagen der Linie 72 bis zum Rollendorfsplatz verkehren. Ganz unholdbar wird aber dieser Zustand in den späten Abendstunden. Der letzte Wagen der 89 kommt bereits um 10 Uhr durch die Kantstraße und fährt nach dem Depot, und nur in der Gegenrichtung nach Berlin hält diese Linie eine Stunde länger ihren Betrieb aufrecht, in diesem Fall überflüssig, denn die Wagen sind in Charlottenburg leer. Der Hauptverkehr spielt sich aber zu dieser Zeit in der Richtung Charlottenburg ab. In dieser Erkenntnis dieses Zustandes vertritt deshalb die 72 ohne Anhaltewagen, während die 93 hin und wieder mit diesem Vorzug ausfahren kann. Zu einer Katastrophe wächst sich aber der Zustand ungefähr um 11 Uhr nachts aus, wenn die Vorstellungen im Theater des Westens und in den umliegenden Kinos schließen. Das Gedränge in den Straßenbahnwagen ist lebensgefährlich, besonders, da noch ausgesucht keine Wagen die Strecke befahren. Es wäre endlich Zeit, daß diese Krähwinterei aufhört, denn bereits vor dem Kriege, als der Verkehr noch nicht die augenblickliche Ausdehnung hatte, war die Kantstraße mit vier Linien (33, 123, 93, 96) belegt, hinzu kamen zwei Linien (54, 62) durch die Grolmanstraße über den Savignypfad, die gleichfalls die Kantstraße entlasteten, und zwei von der Leibnizstraße (1 und 75). Hier ist Wandel dringend notwendig, denn es geht auf die Dauer nicht, daß die Einwohner der Kantstraße bis zum Kurfürstendamm oder bis zur Bismarckstraße laufen müssen, um eine einigermaßen günstige Verbindung nach Berlin zu erhalten, und um überhaupt die Aussicht zu haben, mitzukommen.

Die Frauen werben.

Im Rahmen der öffentlichen Werberwerbungsammlung fand in der Aula des Schiller-Realgymnasiums in Charlottenburg eine stark besuchte Frauenkundgebung statt, bei der Wolf Trutz vom Staatstheater als Regisseur und der Frauenghor des Gesangvereins „Liedertafel“ mitwirkte. Die wohlgeleiteten Darbietungen, die großen Beifall fanden, bildeten den stimmungsvollen Rahmen für den Vortrag der Genossin Adele Schreiber über: „Frauen und Völkerverständigung.“ Die Referentin, eben von einer längeren Studienreise aus dem Ausland zurückgekehrt, wühlte interessante Dinge über die Friedensarbeit der Frau jenseits der Grenzen zu berichten. Diese Arbeit kennt Höheres, Erhebteres, Werteres als die Friedenssidee. In Amerika war Jane Adams (Chicago), in England waren besonders Mrs. Swamowich und Emily Hobhouse tapfere Vorkämpferinnen. In Oesterreich erregte Berta v. Suttner mit ihrem berühmten Buch „Die Waffen nieder!“ größtes Aufsehen. In Frankreich übte die Liga für Menschenrechte eine legendäre Tätigkeit aus; ihr Verständigungswille ist der ehrlichste, und hauptsächlich Lehrer und Lehrerinnen treten für die deutsch-französische Verständigung ein. Die Mitarbeit der Frau in der Friedensfrage ist sehr erwünscht. Auf den großen Friedenskongressen in Paris und Balances fanden sich Frauen aus 46 Ländern zusammen, die einstimmig den Weltfrieden forderten. Und auch in Genf, im Völkerbund, ist die Frau keine fremde Erscheinung mehr; bisher wurden sieben Frauen als Ersatzdelegierte gewählt. Die SPD. steht auf dem Boden des Friedens, denn Sozialismus bedeutet Frieden, und deshalb sollten die deutschen Frauen der Partei der Millionen beitreten. Stürmischer Beifall dankte der Rednerin und begeistert sang man am Schluß die Internationale.

Der Ursprung des Tanzes.

Im Ernst-Haedel-Saal sprach Dr. Magnus Hirschfeld über das Thema „Tanz und Sexualität“. Er führte aus, daß weder in den Werken der Sexualforscher Forel und Bloch, noch in der Tanzliteratur (Tanzbuch von Böhm, Frank Thuy; Der Tanz als Kunstausdruck) von irgendwelchen Zusammenhängen zwischen Tanz und Erotik die Rede sei. Professor Freud dagegen sieht in der Sexualempfindung das bewegende Moment des Tanzes. Fuchs' Sexualgeschichte spricht sogar davon, daß der Tanz niemals etwas anderes, als umgekehrte Erotik gewesen sei. Er bezeichnet den Tanz als ein Requisite der Liebeswerbung, eine Vorstufe zur Erfüllung der Liebesbeziehungen. Die Urteile und Ansichten sind also höchst verschieden. Der Tanz ist vor allem die Ausdrucksform starker Lebensbejahung, gesteigertes Lebensfreude, im Gegensatz zu Lebensunlust und Niedergelassenheit. Nach Zeiten seiner Verdrängung — z. B. die Kriegsjahre — sehen wir eine besondere, fast krankhaft gesteigerte Tanzlust, scharfer gesagt Tanzwut, von der Sognerhaft als Tanzpsychose bezeichnet. Dem eigentlichen Tanzursprung spricht man im allgemeinen kultischen Anlässen zu: Die altertümlichen Kriegs-, Tempel- und Opferlänze sind wohl die ältesten Tanzüberlieferungen, von denen man ausgeht. Natürlich hat auch religiöse Inbrunst mit Sexualbrunst zu schaffen, was am deutlichsten bei den religiösen Tänzen des Orients — dem Tanz der Berberische — zutage tritt. Die Wirkung des Tanzes unterscheidet sich in den menschlichen Tänzen (Bühnentanz) und dem Gesellschaftstanz dadurch, daß bei vorgeführten Einzel- oder Gruppenlänzen die stärkere erotische Wirkung auf Seiten des Zuschauers liegt, während der Gesellschaftstanz den direkten Kontakt zwischen den Geschlechtern herstellt und auch in seinem ganzen Aufbau der Liebeswerbung entspricht. Bötsche, Bühner und Darwin sprechen — im selben Sinne — von einem Tanz der Tiere, der, genau wie beim Menschen, das Verhalten des Männchens um das Weibchen, hier in der primitiven Form des Umkreisens, Verdrängen des Rivalen, zum Ausdruck bringt.

Wirbelsturm über Kuba.

Man befürchtet weitere Katastrophen.

Ein Wirbelsturm hat abermals die amerikanische Halbinsel Florida heimgesucht. Der Sturmwind näherte sich mit einer Geschwindigkeit von 110 englischen Meilen aus der Richtung von Havanna und Kuba, über die er in den frühen Morgenstunden des Mittwoch dahingefegt war. In Havanna wurden 150 Häuser durch den Sturm zerstört. Der Wirbelsturm selbst war gefolgt von einem Wolkenbruch, der die ganze Gegend unter Wasser setzte. Die Kabelverbindung mit Havanna ist unterbrochen, auch aus Florida fehlen einstweilen Nachrichten.

New York, 21. Oktober. (WZB.) Der heutzutage über Kuba und hauptsächlich über Havanna tobende Tornadosturm zerstörte Hunderte von Häusern. Die Straßen in den Städten sind mit Trümmern bedeckt. Straßenbahnen und Telegraphenleitungen wurden ungerissen. In Havanna sind sämtliche Lichtleitungen zerstört. Die Zeitungen konnten nicht erscheinen. Der Wirbelsturm zieht sich nach Florida, wo bereits große Ausbreitung herrscht. Besonders in Miami befürchtet man eine neue große Katastrophe. Das Eintreffen des Wirbelsturms wird für heute nicht erwartet. Die Behörden haben umfangreiche Vorkehrungsmassnahmen getroffen. Der Bevölkerung hat sich bereits eine Panik bemächtigt. Zahlreiche Personen verlassen suchtlartig Miami.

An der Katastrophe vorbei.

Hamm, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Durch Austreten matter Wellen auf See „Raddod“ gerieten auf der vierten Sohle 20 Mann der Belegschaft in Lebensgefahr. Der Rettungsflotte gelang es, die Leute in Sicherheit zu bringen. Nur zwei Mann erlitten schwere Schwerverletzungen, doch befinden auch sie sich außer Lebensgefahr. Die Arbeitsstätte wird vorläufig nicht wieder beletzt. Die im Aufbruchgebiet umlaufenden Gerüchte von zahlreichen Toten und Verwundeten auf See „Raddod“ entsprechen nicht den Tatsachen.

Erster Schneefall im Schwarzwald. Bei 2 bis 3 Grad Kälte ist heute nacht im Schwarzwald Schneefall eingeleitet bis zu einer Tiefe von etwa 900 Metern herab. Auf dem Feldberg beträgt die Schneehöhe über 7 Zentimeter. Der Schneefall dauert an.

Herr Stingl sorgt für das Deutschtum.

Er liefert Ersatz für jüdische Musiker.

Der Postminister Stingl sorgt nicht nur für die Verbreitung monarchischer Gesinnung durch Herausgabe der *Fredericus-Reg-Märke*. Er ist auch sonst besorgt, daß dem Deutschtum, wie es sich östpreussische Großgrundbesitzer vorstellen, kein Schaden geschieht.

So hat das Akademische Orchester, dessen Dirigent Herr Praetorius von der Staatsoper ist, eine achtstägige Konzertreise nach Ostpreußen vor. Diesem Akademischen Orchester gehören aber auch einige Herren an, deren arische Abstammung im Zweifel gezogen wird. Unmöglich also mit einem Orchester für das Deutschtum in Ostpreußen zu werben, dessen Reintassigkeit im Zweifel gezogen werden könnte!

In dieser Verlegenheit wandte man sich also an die findige Post. Und siehe da, schon fand Herr Stingl reinrassigen Ersatz für die jüdischen Herren. Fünf Obertelegraphensekretäre, die auch sonst musikalisch belastet sind, wurden dem Akademischen Orchester zur Verfügung gestellt. Und nun kann die Reise für deutsche Kunst nach Ostpreußen losgehen.

Zwar dürfen Beamte nicht gegen Entgelt musizieren und die musikalischen und reinrassigen Obertelegraphensekretäre bekommen außer freier Fahrt und freier Verpflegung 10 M. pro Tag. Aber die findige Post hat auch hier einen Ausweg gefunden. Die Herren Obertelegraphensekretäre bekommen einfach Ferien. Was sie in ihren Ferien tun, das interessiert natürlich den Herrn Minister Stingl nicht. Herr Stingl ist in seiner Art ein Genie.

Die Krankenunterstützung der Ausgesteuerten!

Sie muß sichergestellt werden.

Die Vernachlässigung der Krankenversicherung der Ausgesteuerten auch in der neuen Form der Ausgesteuerten-Unterstützung, die im kommenden Winter bei der Steigerung der Ausgesteuertenziffern bedenkliche Zustände schaffen muß, hat nun auch die Krankenkassen auf den Plan gerufen. Sie haben sich an die Gewerkschaften gewandt, damit diese sich dafür einsetzen, daß den Ausgesteuerten die Anwartschaft auf die Krankenunterstützung erhalten bleibt.

Wie wir erfahren, werden die Freien Gewerkschaften schon in den nächsten Tagen den Forderungen der Krankenkassen Stellung nehmen. Selbstverständlich werden die Freien Gewerkschaften die Forderungen der Kassen grundsätzlich unterstützen. Auf irgendwelche Art muß durch Zuschüsse der Krankenkassenbeitrag und damit die Krankenunterstützung für die Ausgesteuerten gesichert werden.

Das Koalitionsrecht der Landarbeiter.

Wie die Herren auf dem Lande damit umspringen.

Ein arbeitsloser Landarbeiter aus dem Kreise Königsberg in der Neumark fand endlich nach langem Suchen einen Arbeitgeber, der ihn einstellen wollte. Die Einstellung wurde aber abhängig gemacht von der Unterzeichnung eines Privatarbeitsvertrages und insbesondere eines Nachtrages, der folgenden Wortlaut hat:

„Ich verpflichte mich, freiwillig nicht dem roten Arbeiterverbande unter Friedrich John, Bärawalde, anzugehören. Anderenfalls wird der Vertrag sofort hinfällig.“

Obwohl ein derartiger Vertrag gegen die guten Sitten verstößt und von jedem anständig gesinnten Richter als nichtig erklärt würde, ist doch nach allem, was die Frage, ob der Landarbeiter, der sich aus Not oder Unkenntnis oder aus beiden Momenten zugleich keine Unterschrift zu einer solchen Verpflichtung abgeben oder abstimmt, bei der notwendigen Rücksicht dieser Verpflichtung den nötigen Schutz bei den ländlichen Behörden läßt.

Eine solche Zumutung können die biederen Unternehmer auf dem Lande ihren Arbeitern auch nur deshalb bieten, weil ein großer Teil der Landarbeiter den hohen Wert ihrer Vereinigungsfreiheit noch nicht erkannt hat, den „roten Arbeiterverband“ nicht richtig zu schätzen weiß. Die Unternehmer wissen in diesem Punkte besser Bescheid. Deshalb auch ihre unverfrorenen Praktiken, um die Landarbeiter zum Verzicht auf ihr Koalitionsrecht zu nötigen.

Die Werkmeister und die Rationalisierung.

In der zu gestern Abend nach dem Klubhaus Oststraße einberufenen sehr gut besuchten Versammlung der Werkmeister der Berliner Metallindustrie sprach der Leiter der Berliner Geschäftsstelle des Werkmeisterverbandes, Genosse Röhre, über „Die neuzeitliche Betriebsführung“.

Er schilderte zunächst die katastrophalen Zustände, wie sie durch die Rationalisierung eines Teiles der Werkmeister in der Berliner Metallindustrie Platz gegriffen haben. Obwohl in der Berliner Metallindustrie die Gehälter der Werkmeister tariflich festgesetzt sind, hat es sich ein nicht unerheblicher Teil der Werkmeister ohne Widerspruch gefallen lassen, daß ihnen ihre Tarifgehälter nicht unbedinglich gekürzt wurden, bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit. Noch beschämender ist es, daß ein Teil der Werkmeister mit der Gehaltskürzung gleichzeitig eine Verlängerung der Arbeitszeit auf neun und mehr Stunden pro Tag ohne Widerstand in Kauf genommen hat. Diese Tatsache ist um so bedauerlicher, wenn man bedenkt, daß viele Großbetriebe eine große Zahl von Werkmeistern abgebaut haben und diesen bedauerlichen Opfern der „Rationalisierung“ durch diese freiwillige Mehrarbeit eines Teiles ihrer Berufscollegen die Möglichkeit auf Beschäftigung genommen wird. Es sind sogar Fälle zu

verzeichnen, die kaum glaublich klingen, daß lange Jahre beschäftigte und gekündigte Werkmeister verzichtet haben auf die Einholung der Kündigungsfrist des Angestelltenengesetzes.

Der Redner wandte sich dann der sogenannten Rationalisierung zu, die so, wie sie das Unternehmertum betreibt, die Wirtschaft niemals aus der Krise herausführen wird. Eine Rationalisierung, die nicht darauf hinausläuft, die Produkte zu verbilligen und dadurch den Absatz zu steigern, sondern nur dazu dienen soll, die Profitrate zu vergrößern, wird ein mißlungenes Experiment bleiben. Daran werden alle schönen Reden und Manifeste der Unternehmer nichts ändern. Man sollte dem Urteil des Werkmeisters, des besten Kenners der Wirtschaft, wieder mehr Wert beilegen, ihn und auch die Gewerkschaften als gleichberechtigte Faktoren in der Wirtschaftsführung anerkennen und sie bei der Gestaltung der Wirtschaft mitbestimmen lassen. Von selbst werden die Unternehmer den Werkmeistern und ihren wirtschaftlichen Interessenvertretungen nicht entgegenkommen. Die Werkmeister müssen selbst versuchen, sich ihre frühere Stellung im Betrieb wiederzuerobert. Dazu gehört aber auch, daß sie untereinander wieder mehr Geistesolidarität üben, nicht gegeneinander arbeiten und sich nicht gegenseitig von ihren Posten verdrängen wollen. Auch die Obermeister müssen sich mit ihren Werkmeisterkollegen mehr verbunden fühlen und ihnen gegenüber nicht den Herrn-im-Haus-Standpunkt herauskehren, wie es heute leider vielfach geschieht. Nicht zuletzt muß aber an dem Ausbau der Organisation gearbeitet werden, die vielen noch Arbeitslosen eingereicht werden in die Organisation, die in Zukunft mehr als bisher teilhaben wird an der Sozial- und Produktionspolitik. Nur durch die Schaffung einer starken Organisation wird es möglich sein, den Werkmeistern wieder den ihnen gebührenden Einfluß in den Betrieben und den Gewerkschaften den Einfluß auf die Wirtschaftsführung zu schaffen.

Dem sehr interessiert aufgenommenen Referat folgte eine längere Aussprache, die sich in ergänzendem und durchaus zustimmendem Sinne bewegte.

Das verhinderte Konzert.

Zu der Notiz über das verhinderte Konzert im Böhmisches Brauhaus wird uns vom Deutschen Musikerverband mitgeteilt, daß der Manager der Beamtenskapelle ein Herr Hermann Schulze ist, wohnhaft Hohenzollernstr. 14. Dieser Herr Schulze beschäftigt grundsätzlich keine Berufsmusiker, sondern nur Beamte, weil diese billiger sind und also dem Herrn Schulze, der selbst pensionierter Beamter ist, einen größeren Profit zu machen ermöglichen. Bei Veranstaltungen von Festlichkeiten und Konzerten wird man sich also dieses Herrn besonders zu erinnern haben.

Zum Schiedspruch im oberschlesischen Bergbau.

Keine Verbindlichkeitsklärung.

Die vor kurzem neu eingeleiteten Lohnverhandlungen im oberschlesischen Bergbau, in denen von Arbeiterseite eine 15prozentige Lohnerhöhung ab 1. Oktober dieses Jahres gefordert wurde, führten bekanntlich Ende September zu einem Schiedspruch, nach dem die Erhöhung abgelehnt und die bisherige Lohnliste bis Ende März 1927 unverändert in Kraft gesetzt wurde. Dieser Schiedspruch wurde von den Gewerkschaften abgelehnt, während der Unternehmerverband seine Verbindlichkeitsklärung beantragte. Bei den Verhandlungen, die am 12. Oktober im Reichsarbeitsministerium stattfanden, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Nunmehr hat, laut „Industrie-Kurier“, das Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs abgelehnt, so daß die Einleitung neuer Verhandlungen zu erwarten sein dürfte.

Gescheiterte Verhandlungen in der Rheinschiffahrt.

Duisburg, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die seit einiger Zeit in der Rheinschiffahrt im Gange befindlichen Lohnverhandlungen sind gescheitert, da die Arbeitgeber sich geweigert haben, die von der Arbeitnehmergruppe geforderten Lohnerhöhungen zuzubilligen. Dabei steht die Rheinschiffahrt im Zeichen einer wahren Hochkonjunktur. Ob die Parteien das Schlichtungsverfahren in Anspruch nehmen werden, ist bisher nicht bekannt geworden.

Kampf gegen Inflationsteuerung.

Die französischen Beamten für bewegliche Gehälter.

Paris, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Poincaré, der sich in der Begründung zu dem von ihm dieser Tage in der Kammer eingebrachten Vorschlag für 1927 rühmt, zum ersten Male seit dem Kriege ein in Einnahme und Ausgabe völlig ausbalanciertes Budget vorgelegt zu haben, scheint sich seine Vorbeeren etwas vorzeitig gelöst zu haben. Er hat bei der Aufstellung des Etats an alles gedacht, nur nicht an die unausbleiblichen Rückwirkungen der durch seine Finanzpolitik ausgelösten Teuerung, die nunmehr zu einer neuen Gehaltsbewegung in den Reihen der Beamten geführt hat. Die Gehälter der Staats- und Gemeinbediensteten sind zum letzten Male seit vor mehr als einem Jahre geregelt worden, seitdem aber trotz der um 40 bis 50 Proz. gestiegenen Kosten der Lebenshaltung unverändert geblieben. Eine von den Verbänden aller Beamtensategorien einberufenen Delegiertenkonferenz hat nunmehr beschlossen, mit allem Nachdruck bei der Regierung wegen der Ungleichung der Gehälter an das Preisniveau vorstellig zu werden. Es wurde u. a. beschlossen, neben einer grundlegenden Revision des Besoldungsgesetzes die Einführung einer beweglichen Gehaltskala sowie die sofortige Auszahlung eines Vorzuschusses in Höhe von 300 Franken zu verlangen und die Erfüllung dieser Forderungen „mit allen den Beamten zur Verfügung stehenden Mitteln“, d. h. unter anderem auch mit einem Streik zu erzwingen. Die Beamten- und Arbeiterschaft der Kommunal- und öffentlichen Betriebe haben sich der Bewegung angeschlossen.

Wirtschaft

Betriebswirtschaft und Arbeitnehmer.

Warum Bilanzkritik?

Den Gegner gründlich genug kennen, ist Vorbedingung des Sieges. Ihn mit seinen eigenen Waffen bekämpfen, auf seine Finten gefaßt zu sein, schützt vor Ueberraschungen. Das gilt nicht nur für das Ringen und Bogen, das gilt auch für die Sozial- und Wirtschaftskämpfe der Arbeiterschaft. Auf's tieffte hat diese Erkenntnis Karl Marx bewegt, dem jede Ueberwindung des kapitalistischen Systems ohne seine gründliche Kenntnis unmöglich erschien. Er schrieb darum die gewaltige Analyse des kapitalistischen Systems, die bis heute die Wirtschaftserkenntnis der Arbeiterschaft befruchtete.

Seit Gewerkschaften Brust an Brust mit dem Unternehmertum um die Arbeitsbedingungen kämpfen, seit die Arbeiterschaft ihre riesigen Genossenschaftsbetriebe mitten im kapitalistischen System aufbauen, seit die Sozialdemokratie gestaltend in die Wirtschaftspolitik hineingreift und wie die Staats- und Kommunalverwaltung auch Staats- und Kommunalbetriebe mitzuleiten hat, seitdem ist die Arbeiterschaft dem Privatkapital noch tiefer in seine Wirkungssphäre nachgegangen. Bilanzkritik ist heute der feinste und einer der wichtigsten Teile davon.

Das Gesetz zwingt alle Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, in denen der größte Teil des werbenden Industrie-, Verkehrs- und Bankkapitals angelegt ist, mindestens jährlich einmal über die Vorgänge im Betrieb und die Veränderungen des Vermögens öffentlich Bericht zu erstatten. Dazu kommt die Verpflichtung, bei Kapitalerhöhungen einen Prospekt mit der Offenlegung der Geschäftsverhältnisse bekanntzumachen. Das erfolgt zum Schutz der Aktionäre, die den Gesellschaften ihr Geld geben. Damit wird der größte und für die Arbeiterschaft wichtigste Teil der privatkapitalistischen Wirtschaft, vor allem aber das Schicksal der von der Arbeiterschaft geschaffenen Gewinne und Mehrerträge statistisch erkennbar, die Politik und die Behauptungen der Unternehmer im Sozial- und Wirtschaftskampf werden kontrollierbar.

Diese Geschäftsberichte, Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Prospektveröffentlichungen sind es, mit denen sich die Bilanzkritik beschäftigt. Sozialistische Bilanzkritik ist natürlich grundsätzlich verschieden von der bürgerlichen Handelszeitungen. Diese haben das Interesse der Aktionäre und der Börse im Auge, die sozialistische Bilanzkritik interessiert die Kapitalgesellschaft vom Standpunkt der Arbeiterinteressen im Rahmen der Gesamtwirtschaft. Daß das Interesse der Arbeiterschaft und der Gesamtwirtschaftsinteressen dabei übereinstimmen, vermag die sozialistische Bilanzkritik bedeutend wertvoller zu machen als die zum Schutz des Aktionärs.

In den Geschäftsberichten, Bilanzen und Prospektveröffentlichungen übt das Privatkapital vor allem die Kunst des geschickten Verschweigens und geschickt nicht zu sagbaren Versuchs und Frustrierens. Das macht auch für den Geübten die Geheimsprache der Kapitalgesellschaften schwer. Aber in dem ganzen Leben einer Unternehmung läßt sich nichts verschweigen, wenn mindestens jährlich einmal Bericht gegeben werden muß. Was verschwiegen wird, enthüllt sich durch Widerprüfungen eines Lages von selbst. Lebte eine Gesellschaft viele Jahre oder Jahrzehnte, ist auch die größte Verdunkelungskunst umsonst.

Aber man muß die Bilanzen und Berichte lesen können und leider muß auch die sozialistische Bilanzkritik, wie oft ein Verteidiger für seinen Mandanten vor Gericht, manchmal eine Sprache sprechen, die nicht ohne weiteres verständlich ist für jeden Arbeiter. Aber die Belegschaft, die von ihrem Betriebe hört, ergänzt von selbst durch ihr lebendiges Wissen die Bilanzkritik ihrer Unternehmung zum runden vollen Bilde und fügt das Bild ihren Interessenkämpfen wie ihrer Teilnahme am Betriebschicksal ein. Der Betriebsrat lernt seinen Betrieb in der Reihe gleichartiger Betriebe und des ganzen Gewerbezweigs vergleichen und gewinnt neue Maßstäbe für seine gefühlige Aufgabe des Kollegenkampfes und der Betriebsförderung. Den Gewerkschaften wird ein Bild der Rentabilität der einzelnen Wirtschaftszweige aufgerissen und rechtzeitig die Verschleibungen im Aufbau und in der Technik der Gewerbe angekündigt, die für Organisation und Taktik entscheidend sein können. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie endlich gewinnt unersehbares Material zur Kritik der wirtschafts-, sozial-, steuer-, zoll- und handelspolitischen Forderungen in ihrer Segner und zur Stellungnahme ihrer eigenen Vertreter in Regierung, Verwaltung und öffentlichen Betrieben ein am Interesse der Gesamtwirtschaft abgewogenes Bild.

Der Besuch des holländischen Innenministers in Doorn diente nach halbamtlicher Mitteilung dem Zwecke einer der üblichen Besprechungen, die regelmäßig in bestimmten Zeitabständen gepflogen werden.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Grotz; Wirtschaft: Felix Saltnus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: A. D. Böcher; Verkehr und Seehafen: Felix Saltnus; Anzeigen: Ed. Gode; Familien in Berlin: Berlin: Bernhardt-Verlag G. m. b. H.; Berlin: Druck: Bernhardt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 69, Lindenstraße 2.

Die **Groschen-Bücher-Messe** der Vereinigten Arbeiter-Buchhandlungen Berlins ist bis zum 2. November verlängert. Verkauf täglich ab 11 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24. Bücher aus allen Gebieten zu enorm herabgesetzten Preisen. **Täglich liegen neue Bestände aus**

Frühling Revue
Kleider, Haarschmuck
zu billigen Tagespreisen für
Leib- und Mühsal
Nachschaffe ja vorerst

Gebr. 1891.
Unter Garantie die schönsten
Lepp- und Damen-Decken
laufen Sie belten ab zuerst
Bernhard Strohmeyer, Berlin,
Dollstraße 72 (Untergrundbahn Anhalterbrücke).
Filiale: Spittelmarkt, Ecke Sebelstraße, und
W. Reibitzberger Platz 2, Ecke Trautemannstraße.
Reparatur, jed. Art. — Muster, Preisliste gratis.

Zur Aufklärung!
Da uns eine hiesige Schuhwarenfirma unseren langjährig eingeführten und in ganz Deutschland bekannten Namen für unsere **Sport-, Jagd- u. Motorradstiefel** nehmen will, nennen wir unsere **Sport- und Strapazierstiefel** bis zur Entscheidung des Reichsgerichts **Bähr-Stiefel**

Urteile unserer Kundschaft:
„Der Hr. Bähr beschneige ich gerne, daß ich die im Jahre 1920 gekauften Stiefel noch heute, Juli 1926, zur vollsten Zufriedenheit trage.“
Tornitz, W. Ch., Rittergutsbesitzer.
„Selt dem Jahre 1920 trage ich Stiefel von der Firma Bähr jeden Tag bei Wind und Wetter und habe immer trockene Füße.“
Juli 1926. F. G., Landschaftsgärtner.

Diese so bewährten Stiefel bekommen Sie nur bei mir
H. Bähr, Berlin, Spittelmarkt 7
vor der Brücke.
Stiefel für Herbst und Winter

Nagelpflege-Garnituren Kopp & Joseph
BERLIN W
in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122

Dr. Bernard's Buchenerwein
gesetzlich geschützt — Seit länger als 60 Jahren als Vorbeugungsmittel erprobt und bewährt bei:
Tuberkulose, Nierenschwäche, Bronchialkatarrh, Husten, Asthma, Nerven- und Darmkrankungen
Erschütternde Hebung des Appetits und des Körpergewichts! Besserung des Allgemeinbefindens. Abnahme des Hustens.
Originalflasche M. 2.50 Fünf Flaschen (eine Kur) M. 12.50. Porto und Verpackung frei.
Zu haben in allen Apotheken, wo nicht: Einhorn-Apotheke, Berlin SW 19, Kurstr. 34, Spittelmarkt. — Oegründet 1858.
Bestandteile: Destillat des Buchenertraubensaftes 16, Alkohol 22,6, Enzian 4,6, Pomoranzenschale 4,0, Weisb. 1,90, Sirup 41,0 p.

Tapeten 25, 30, 35 Pfg.
Riesenauswahl.
herrliche Muster, Linoleum u. Wachsstiche, Cocosmatten nur bester Qualität in großer Auswahl.
R. Lode, Artilleriestraße 36a
Ecke Elsäßer Straße
Vorzeiger erhält 5 Prozent Rabatt.

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sog. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsäßer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6325, 6516
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4, Tel.: Plötzberg 9631
Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander
Passage), Telefon: Königstadt 540
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführ. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Adolf Hoffmann
Knorke
Schulhumoreske mit Illustrationen von Will Steiner
Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen